

Atomwaffenfreie Zone in Europa

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen seiner Aussen- und Sicherheitspolitik darauf hinzuwirken, mit gleichgesinnten Staaten in Europa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten und jene Atomwaffenstaaten, welche dieser Zone gegebenenfalls nicht beitreten, zumindest vertraglich zu verpflichten, gegen die Mitgliedstaaten dieser Zone keine Atomwaffen einzusetzen, nicht mit dem Einsatz solcher Waffen zu drohen und deren Einsatzbereitschaft und Gefährdungspotenzial zu senken.

Begründung:

Wie der Bundesrat in seiner Antwort zur Interpellation 14.3723 betont, spricht sich die Schweiz seit langem für ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen aus und befürwortet die Beseitigung aller Kernwaffen. Angesichts der katastrophalen Auswirkungen, die eine Atomwaffenexplosion hätte, ist ein mit dem Genfer Recht konformer Einsatz ohnehin gänzlich ausgeschlossen. „Für die nukleare Abrüstung ist das humanitäre Argument nicht nur eine Triebfeder für das Endziel einer nuklearwaffenfreien Welt, sondern auch ein Beweggrund für pragmatische Zwischenschritte in diese Richtung“, hielt der Bundesrat fest.

Ein wichtiger Zwischenschritt besteht darin, mit gleichgesinnten Staaten in Europa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten und so den Druck auf die Atomwaffenstaaten zu erhöhen, alle Atomwaffen aus Europa abzuziehen.

Weiterhin lagern in unmittelbarer Nähe zur Schweiz Dutzende von Atombomben, die eine um ein Vielfaches grössere Sprengwirkung aufweisen als jene Atombomben, die vor 70 Jahren am 6. und 9. August 1945 die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki zerstört haben. So hat die NATO kaum 300 Kilometer nördlich von Basel im Flugplatz Büchel (Rheinland-Pfalz) Atomwaffen stationiert, ebenso in 300 Kilometer östlich der Schweizer Grenze bei Aviano (Nähe Venedig) und nur 150 Kilometer südlich von Lugano bei Ghedi (Nähe Brescia). Auch Frankreich lagert in unerträglicher Nähe zur Schweizer Grenze Atomwaffen und unterhält in Avord bei Bourges ein Depot für Trägerflugzeuge, nur 340 Kilometer westlich von Genf.

Der Bundesrat muss jetzt ernsthafte Schritte unternehmen, um die Atomwaffenstaaten zumindest vertraglich zu verpflichten, gegen die Schweiz niemals Atomwaffen einzusetzen, niemals gegen die Schweiz mit Atomwaffen zu drohen und deren Einsatzbereitschaft und Gefährdung so weit zu senken, dass auch unbeabsichtigte Einsätze oder Unfälle mit allergrösster Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen sind.